Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • [Auswärts 15 Pf.] • Nr 566 — FREITAG, 25. NOVEMBER 1932 — ABEND-AUSGABE

Konzentration des Vertrauens

Kaas verhandelt mit den Parteiführern

Prälat Kaas hat vom Reichspräsidenten nicht den gleichen Auftrag erhalten wie Hitler. Er hat nicht festzustellen, ob eine sichere und arbeitsfähige Mehrheit für ein unter seiner Führung stehendes Kabinett im Reichstage zu finden wäre. Er hat nicht die Anwartschaft auf das Kanzleramt, sondern lediglich die Aufgabe, durch Fühlungnahme mit den Parteien darüber Klarheit zu schaffen, ob der Versuch einer Mehrheitsbildung irgendeine Aussicht auf Erfolg hätte. Er hat sich dieser Aufgabe mit der Skepsis unterzogen, die nach dem Scheitern des Versuchs mit dem Führer der Nationalsozialisten nur allzu berechtigt ist. Er hat ohne den Glauben, der Berge versetzt, aber auch ohne persönlichen Ehrgeiz heute die Verbindung mit den andern Parteiführern aufgenommen, hat im Hause des Reichspräsidenten eine Zusammenkunft mit Hitler gehabt, nachher Hugenberg gesprochen und will die Liste seiner Unterredungen, auf der noch die Namen Dingeldey und Schäffer von der Bayrischen Volkspartei aufgezeichnet sind, in den ersten Nachmittagsstunden absolviert haben. Um 5 Uhr nachmittags soll er wieder beim Reichspräsidenten erscheinen.

Da er hierbei nicht auf Wunder hoffen kann, wird Dr. Kaas dem Reichspräsidenten nur resumierend sagen können, daß für eine parlamentarische Mehrheitsbildung keine Aussicht besteht. Daß solche Berichterstattung sich nicht nur im Negativen zu erschöpfen pflegt, wird Kaas vermutlich vorschlagen, Hindenburg möge einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung eines Präsidialkabinetts betrauen.

Dabei wird Kaas sich nicht in subtile Betrachtungen darüber verlieren, welcher Unterschied zwischen einer parlamentarischen und einer Präsidial-Regierung besteht. Denn als Mann von politischer Praxis weiß er, daß die Zusammensetzung eines Kabinetts abhängig ist von der Machtverlagerung. Die Verfassung gewährt dem Reichspräsidenten das Recht, den Kanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister zu ernennen; sie gibt dem Reichstage die Macht, eine vom Reichspräsidenten ernannte Regierung durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt zu zwingen. Kein Artikel der Verfassung schreibt vor, daß der Reichspräsident den Kanzler und dessen Mitarbeiter der Abgeordnetenliste des Reichstages entnehmen muß. Dergleichen kann durch lange Uebung zu einem nicht mehr zu beseitigenden Gewohnheitsrecht werden. Aber das Kennzeichen des parlamentarischen Kabinetts in Deutschland ist nicht, daß es der regierende Ausschuß der zu einer Mehrheit zusammengeschlossenen Parteien wäre, sondern daß es von der tragenden parlamentarischen Koalition präsentiert wird. Auch ein Minderheitskabinett ist ein parlamentarisches Kabinett, solange es von einer Mehrheit toleriert wird. Reichspräsident Ebert hat sich zweimal den Kanzler außerhalb des Parlaments gesucht und gewählt. Aber darum war weder die Regierung Luther noch das Kabinett Cuno ein Präsidialkabinett im Sinne des neugeprägten Wortes. Ist eine geschlossene Reichstagsmehrheit vorhanden, so wird der Reichspräsident, unbeschadet seines Ernennungsrechtes, auf die Wünsche dieser Mehrheit weitgehend Rücksicht nehmen. Je schwieriger eine parlamentarische Mehrheitsbildung wird, je mehr sich dadurch der Reichstag selbst ausschaltet, um so stärker wird der Wille des Reichspräsidenten, der allmählich zum einzigen positiven Willen wird, sich auswirken. Aber immer wird der Reichspräsident, der sich als oberster Hüter der Verfassung betrachtet, wenn er einen offenen Konflikt mit dem Parlament nicht wünscht, auf eine möglichst weitgehende politische Neutralisierung der Reichsregierung bedacht sein, die dem Reichstag wenigstens eine Tolerierung erleichtert. Ein aus Nichtparlamentariern zusammengesetztes Kabinett kann trotzdem „parlamentarisch", muß aber auf keinen Fall anti parlamentarisch sein. Vermag es auch nicht sich eine Mehrheit im Reichstage zu sichern, so braucht es darum noch keineswegs die Gegnerschaft einer überwiegenden Mehrheit herauszufordern.

Derartige Ueberlegungen werden bei der Bildung der neuen Reichsregierung nicht nur theoretischen Wert haben. Je mehr die Fraktionen sich ausschalten oder ausgeschaltet werden, gewinnen die Personenfragen an Wichtigkeit. **Morgen dürfte der Chef der neuen Reichsregierung ernannt, zumindest beauftragt werden.** Es heißt, der Reichspräsident wolle wieder auf Herrn von Papen zurückgreifen. Es werden jetzt auch andere Namen genannt, so der des früheren Reichswehrministers Geßler.

Wir wollen uns jeder Vorhersage enthalten, auf wen die Wahl des Reichspräsidenten fallen wird. Aber auch für den Fall einer Wiederbetrauung Papens sind bereits Veränderungen in der Kabinettsliste angekündigt. Schon melden die Deutschnationalen ihre Ansprüche an. Das ist es eben. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Abhängigkeit eines angeblich überparteilichen Präsidialkabinettes von einer politischen Partei schon bei der Entstehung wirksam würde. Es hat dem Kabinett Papen nicht genützt, sondern nur geschadet, daß es für eine verkappte Regierung der Deutschnationalen angesehen werden mußte. Das Wort von der Ueberparteilichkeit ist stark genug in Mißkredit gekommen. Ein Präsidialkabinett, wie Hindenburg es will, müßte unparteilich sein, in jeder Hinsicht, sowohl im äußeren Auftreten wie bei der Beratung am grünen Tisch, vor und hinter den Kulissen. Es müßte aus Männern bestehen, die wegen ihrer unanzweifelbaren Unparteilichkeit Vertrauen erwerben können, **Vertrauen, daß sie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit üben, Vertrauen, daß sie keine Anschläge auf die Verfassung vorbereiten, Vertrauen, daß sie die Exekutivgewalt nicht mißbrauchen.** Es wäre vorstellbar, daß ein solches Kabinett einen beachtlichen moralischen Rückhalt dadurch gewinnen könnte, daß es wenigstens von einer bedeutenden Minderheit des Reichstages toleriert wird, so daß es leichter über den gefährlichen Winter, dem wir entgegengehen, hinweglavieren könnte, auch wenn sich die Reichstagsauflösung als unvermeidlich erwiese.

Die „nationale" Konzentration ist nicht zustande gekommen. Aber Männer, die sich Vertrauen zu erwerben vermögen, könnten als Notbehelf in Notzeiten eine Konzentration der staatswilligen und gemäßigten Elemente gegen die Diktatur-Ansprüche des Radikalismus zuwege bringen.

Heinrich Sklarz verhaftet

Der Kaufmann Heinrich Sklarz, der unmittelbar, bevor er im August dieses Jahres zur Verbüßung einer im Jahre 1926 verhängten Gefängnisstrafe verhaftet werden sollte, geflüchtet war, ist nach monatelangen Ermittlungen heute mittag um 12 Uhr in Berlin festgenommen worden. In ganz Deutschland, in Frankreich, Italien, ja in Aegypten war der Flüchtige gesucht worden — in Wirklichkeit wohnte er unter falschem Namen wenige Häuser vom Moabiter Kriminalgericht entfernt in der Turmstraße 49. Sklarz wurde ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

Heinrich Sklarz hat es, nachdem er wegen Betruges und Erpressung zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, verstanden, sich der Verbüßung seiner Strafe jeweils dadurch zu entziehen, daß er gegen alle Zeugen, die gegen ihn ausgesagt hatten, Meineidsverfahren in Gang brachte. Im August endlich sollte Sklarz, zumal zwei neue Verfahren wegen Betrugs gegen ihn angesetzt waren, verhaftet werden. Zwei Tage vorher war Heinrich Sklarz aus seiner Wohnung in der Bleibtreustraße verschwunden.

Heinrich Sklarz dachte nicht daran, sich zu stellen. Er hatte sich nach seiner überstürzten Flucht zunächst nach Paris gewandt. Ein Beamter des Berliner Polizeipräsidiums war ihm nachgefahren —, das Nest war jedoch leer, als er zur Verhaftung schreiten wollte.

In Wirklichkeit wohnte Sklarz unter dem Namen Blumenstein schon seit einiger Zeit im Hause Turmstraße 49 in Moabit. Er hatte sich seit seiner Flucht völlig verändert; er trug kurzgeschnittenes Haar, hatte sich einen Schnurrbart wachsen lassen und die Brille abgelegt. Heute mittag um 12 Uhr erschien Staatsanwaltschaftsrat Sorgatz in Begleitung dreier Kriminalkommissare in der Wohnung. Der überraschte Sklarz hatte selbst geöffnet.

Auf Tod und Leben

Von

ERICH KRÄMER

Der Versuch, Hitler, wie man es nennt, zur Verantwortung heranzuziehen, ist wieder einmal gescheitert. Nicht das erste und voraussichtlich auch nicht das letzte Mal; denn der Versuch ist ebenso notwendig wie sein Mißlingen. Die Gedankengänge, die zu dem Angebot an Hitler führten, sind schlüssig, und sie werden noch lange ihre Geltung behalten: Es ist außerordentlich riskant und beschwerlich, vielleicht unmöglich, gegen eine Partei zu regieren, die ein Drittel der deutschen Wählerschaft umfaßt, und ihre Ansprüche mit solcher Vehemenz verfolgt. Das Experiment wird vollends lebensgefährlich, wenn die Männer, die gegen die Nationalsozialisten regieren sollen, selbst nur über verschwindend geringen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen. Aber die sehr einflußreichen und ernsthaften Kreise, die für eine „Heranziehung" der Nationalsozialisten eintraten und eintreten, haben eines übersehen: daß, wenn schon von einer Heranziehung gesprochen werden soll, Subjekt und Objekt vertauscht werden muß. Die Nationalsozialisten zeigen keinerlei Neigung, sich an den Staat heranziehen zu lassen, sie tun vielmehr alles, was sie können, um den Staat an sich heranzuziehen.

Damit bleiben sie nur konsequent. Die Kreise, die für Hitlers Betrauung eintraten, stellten sich vor, es könnte unter einem Koalitionskabinett mit nationalsozialistischer Führung alles so gemütlich weitergehen wie bisher, vielleicht allenfalls in etwas forscherem Stile. In einem Blatt, das seit einigen Wochen gradezu stimmführend in der Protektion der Hitlerpartei geworden ist, konnte man sogar das naive Wort lesen, eine Kanzlerschaft Hitlers unter dem Signum der „nationalsozialistischen Konzentration" würde keine Revolution, sondern nur einen „Regierungswechsel" bedeuten. Man kann den Nationalsozialismus nicht gründlicher verkennen. Er ist bis heute nicht nur nach den Buchstaben seines Programms und seiner Kundgebungen, sondern seinem wirklichen Wollen nach eine revolutionäre Bewegung geblieben. Er hat in immer neuen Wendungen und Anklagen versichert, daß er das bürgerlich-kapitalistische System, nach dem heute Deutschland regiert wird, nicht anerkenne und keinen Pakt mit ihm schließen werde. Er bekämpft die Wirtschaftsordnung von heute, die Rechtsordnung von heute, die soziale Ordnung von heute. Er hat an dem, was ist, kein gutes Haar gelassen; er hat sich vermessen, ein „Drittes Reich" aufzurichten, das mit dem heutigen „Zwischenreich" nichts gemein haben solle. Er hat vor allem immer und immer wieder jedes Verhandeln und Paktieren auch in Fragen zweiten Ranges verdammt, nicht nur, weil man an grundsätzliche Fragen keine Kompromisse schließen kann, sondern weil das Verhandeln selbst seinem auf Befehl und Gehorsam eingestellten Wesen widerspricht.

Eine Bewegung, die so grundsätzlich auf „Ausschließlichkeit" gestellt ist — um das Wort des Staatssekretärs Meißner in seinem letzten Schreiben an Hitler aufzunehmen —, kann die Macht nicht mit anderen teilen, selbst wenn ihre Führer es wollen. Hitler selbst hat ja anscheinend in seinen ersten Unterredungen mit Hindenburg die Bildung eines Mehrheitskabinetts unter seiner Führung nicht nur für möglich sondern auch für gar nicht schwer erreichbar gehalten, aber er hat dann doch das tun müssen, was ihm die Dialektik der Bewegung befahl, die stärker geworden ist als er, obwohl er es war, der sie ins Leben rief. Hätte er selbst nach dem ersten Schritt vom Wege ab den zweiten getan und die Führung mit den Parteien aufgenommen, so wäre das Ergebnis das gleiche geblieben. Eine Bewegung von der Art des Nationalsozialismus kann die Opfer nicht bringen, die zur Zusammenarbeit mit anderen noch dazu so wesensverschiedenen Gruppen notwendig sind.

Hitler ist sich und seinen Zielen jedenfalls darin treu geblieben, daß er in allen Regierungsverhandlungen die ganze und ungeteilte Macht verlangt hat. Selbst die könnte ihm zur Gefahr werden: denn wenn eine diktatorische Regierung auch keine Konzessionen an andere Parteien zu machen hat, so muß sie sich doch den Naturgesetzen der Wirklichkeit fügen, die mit den programmatischen Visionen der Agitationszeit wenig Aehnlichkeit haben. Aber ein Diktator, dem der Staatsapparat uneingeschränkt zur Verfügung steht, braucht sich nicht mehr um die Zustimmung derer zu kümmern, die ihm zur Macht verhalfen. Als Kanzler einer Koalitionsregierung hätte Hitler dagegen auch den Teil seines Programms modifizieren müssen, der an sich vielleicht durchführbar gewesen, von seinen Koalitions-